



PANORAMA

Sammer Markus Seite 2 - 3

VZ Allhaming
Überdachung erfolgt

Pensionierungen
FSG bedankt sich

Preßlmayr Sigi Seite 4 - 5

Neue Vorsitzende der
GPF-Frauen OÖ

Huemer Andrea Seite 6

PENSIONISTENPOST

Befreiung von Rundfunk-
und Fernsehgebühr

Milliardenverlust privater
Pensionskassen

Pflegegeld – Erhöhung
mit 1.1.2023

PSB-Verfassungsausschuss

Poimer Franz Seite 7 – 10

POSTBUS

Neues vom Postbus

Huemer Andrea Seite 11

AK-Schulbonus
AK-Bildungsbonus

Kammerhuber Gerald Seite 12 - 13

A1-PERSONALVERTRETUNG

A1 Towers
Abspaltung beschlossene
Sache!

Umweltschutz in der
A1 Telekom

Vorankündigung zur
Info-Veranstaltung

Seite 14 – 16

SPÖ

Soziale
Politik für
Österreich

1. MAI 2023

1.MAI

EIN ARBEITSFREIER TAG – NICHT SELBSTVERSTÄNDLICH



PANORAMA



Markus Sammer

Neues Standortleitermodell ORED „Fluch oder Segen“

Im November 2022 informierte das Unternehmen die Personalvertretung über die gravierenden Veränderungen der Führungsstruktur in der Distribution. Anscheinend ist das Teamleitermodell für das Unternehmen gescheitert und man hat sich nun entschlossen, in den kommenden Monaten unter dem Titel ORED ein neues Modell für die Führungsverantwortung in der Verbund- und Briefzustellung umzusetzen.

Dieses Modell sieht künftig Standortleitungen und Stellvertretungen in jeder Zustellbase vor. Grundsätzlich ist das Installieren eines verantwortlichen Standortleiters um die Führung und Betreuung vor Ort zu stärken zu begrüßen. Diese tiefgreifenden Veränderungen verunsichern jedoch die betroffenen KollegInnen massiv. Im Jänner 2023 wurden bereits mit einigen KollegInnen „Bewerbungsgespräche“ geführt, obwohl die wesentlichen Fragen wie Entlohnung und Tätigkeiten vom Unternehmen nicht beantwortet werden konnten. Erst am 8.3.2023 wurde ein Entwurf über das Entlohnungsmodell für die „Standortleitungen der XS Basen“ und die „Stellvertretungs-Funktionen“ den Betroffenen und der Personalvertretung präsentiert. Unzählige TeamleiterInnen, GebietsleiterInnen und AssistentInnen sorgen sich um ihren Arbeitsplatz bzw. wissen nicht, was ihnen nach der Auflassung ihrer Arbeitsplätze bevorsteht. Hier ist das Unternehmen in der Verantwortung geeignete Maßnahmen, zumindest zur Abfederung der finanziellen Einbußen der betroffenen KollegInnen zu treffen. Wir fordern daher die Verhandlung eines Sozialplanes für die betroffenen KollegInnen.

Das Unternehmen hat es wieder einmal geschafft durch unprofessionelle Vorgangsweise bei der Präsentation eines unausgereiften Konzeptes die KollegInnen so massiv zu verunsichern, dass viele betroffene KollegInnen sich um die neuen Arbeitsplätze nicht bewerben wollen.

Heimfahrgenehmigungen für E-Fahrzeuge

Das Thema Heimfahrgenehmigungen für E-Fahrzeuge in der Zustellbasis gibt es, seit die Post das Vorhaben bis 2030 alle Sendungen emissionsfrei zuzustellen und somit den Fuhrpark zur Gänze auf E-Fahrzeuge umzustellen präsentiert hat.

Nach unzähligen Interventionen der Personalvertretung wurde im Aufsichtsrat vom Postvorstand die Zusage erteilt, dass in Zukunft auch für E-Fahrzeuge die Heimfahrgenehmigungen aufrecht bleiben. Das Unternehmen übernimmt die Kosten für das Aufladen der Fahrzeuge. Die Durchführungsbestimmungen dazu sollen in den nächsten Wochen präsentiert werden.

ÖVP-Regierung verweigert Erhöhung des Kilometergeldes

Josef Muchitsch „SPÖ“ forderte in einem Antrag an den Nationalrat das amtliche Kilometergeld zu erhöhen. Konkret forderte Muchitsch eine Anhebung des Kilometergeldes für PKW von dzt. 42 Cent auf 60 Cent. Trotz hoher Inflation wurde das Kilometergeld 10 Jahre nicht mehr angehoben. Dieser Antrag wurde von der ÖVP und den Grünen abgelehnt. Die Regierung lässt somit wieder einmal tausende ArbeitnehmerInnen im Stich. Gerade für unsere ExponierterInnen, die nicht selten 100 Kilometer täglich quer durch das Bundesland unterwegs sind, ist dies ein Schlag ins Gesicht. Warum hört man hier nichts von unserer FCG, die mit Aushängen auf den Dienststellen für die ÖVP Regierung Werbung machen?

Wir feiern wieder den 1. Mai!

POST, POSTBUS UND TELEKOM WIEDER DABEI!

Wir bleiben stolze Industriestadt. Umweltfreundlich und lebenswert!

Treffpunkt: 9.30 Uhr, Hessenplatz, - Abmarschzeit: 10.05 Uhr

Nach der Kundgebung laden wir zu einem Imbiss mit Getränk in die Fadinger-Kantine unserer Wirtschaftsgenossenschaft ein.

⇒ **Warum wir uns für den 1. Mai Zeit nehmen sollen:**

Seit 1890 gilt der 1. Mai als „Tag der Arbeit“. Seit 1919 ist er ein **arbeitsfreier** Feiertag.

1934 hat der Dollfuß-Ständestaat den 1. Mai abgeschafft und ihn zum „Tag der (austrofaschistischen) Verfassung“ umfunktionierte. August 1945: Beschluss zum **arbeitsfreien** Feiertag (Feiertagsruhegesetz).

1949 wurde er zum Staatsfeiertag erhoben.



© Peter Kollroß Fotografie

Wenn der 1. Mai **kein arbeitsfreier** Feiertag wäre, müssten wir uns für die Arbeit Zeit nehmen. **Schon deshalb sollten wir zur 1. Mai-Kundgebung kommen. Aber auch deshalb, weil Konservative wieder von dessen Abschaffung träumen.**

Auch als ASVG- Pensionistin GPF-Mitglied

Für Gabrielle **HAIDER** war vor ihrer Pensionierung der 10. Februar der letzte Arbeitstag in der ZB Desselbrunn. Wenngleich damit ein Schlussstrich im Dienstverhältnis zur Post gezogen wurde, war für die Zustellerin nicht Schluss mit der GPF-Mitgliedschaft.



„Manche meinen, als ASVG-Pensionistin würde man keine Gewerkschaft mehr brauchen. Das käme der paradoxen Auffassung gleich, man hätte in der Pension keine Interessen mehr, die zu vertreten sind“, ist Gabrielle von den Vorteilen einer GPF-Mitgliedschaft auch als ASVG-Pensionistin überzeugt.

Bezirksgruppen-Vorsitzender Matthias **SCHMEISSER** bedankte sich im Rahmen eines Dienststellenbesuches für die weitere GPF-Zugehörigkeit und überbrachte die besten Wünsche für den neuen Lebensabschnitt.

HERZLICHEN DANK

an all jene, die uns mit einem Druckkostenbeitrag unterstützt haben.

Wir werden uns auch in Zukunft weiterhin bemühen, Sie über Aktuelles zu informieren.

Wenn uns noch jemand mit einem Beitrag unterstützen möchte, ist dies jederzeit unter IBAN-Nr. AT 25 3454 5000 0243 6061 möglich.

DANKE!

Ihr/Dein

Markus Sammer



Sigi Preßlmayr

Standort Enns geschlossen

Der 3. Februar 2023 war der letzte Arbeitstag für die KollegInnen im Paketverteilzentrum und der Paketzustellbasis Enns. Dieser Standort wurde erst im August 2019 als neu errichtete DHL Betriebsanlage von der Post erworben und funktionierte betrieblich vom ersten Tag an so, als wäre er immer schon Teil unseres Post-Verteilnetzes gewesen. Möglich machten dies top motivierte MitarbeiterInnen.



Standort Enns: Aus und vorbei nach nur knapp 4 Jahren

Wir wünschen den Kolleginnen und Kollegen in ihrer neuen betrieblichen Heimstätte Allhaming - dem modernsten Verteilzentrum der ÖPAG - alles Gute. Ob die Schließung des Ennsener Standorts vielleicht doch etwas zu voreilig war, wird die Zukunft zeigen.

Paketzustellung bei der Modernisierung vergessen

Im Bereich der Paketzustellbasis machte offensichtlich die Modernisierung halt. Kollege **Neuhold Hermann** vom Zentralausschuss und ich haben uns am Samstag, 4. Februar 2023, dem ersten Arbeitstag, vor Ort ein Bild von der Lage bei den KollegInnen gemacht. Das Ergebnis war erschütternd und bestätigte uns leider in unserer Einschätzung. Wir werden die Unternehmensleitung davon überzeugen müssen, dass an sehr vielen (bereits aufgezeigten) Punkten akuter Handlungsbedarf besteht. Den Verantwortlichen am Standort darf kein Vorwurf gemacht werden, hier wurde und wird das Bestmögliche versucht.

Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Transportlogistik. Hier fanden mit der Geschäftsfeldleitung und den Bediensteten am 11. Februar 2023 bei einer Lenkerzusammenkunft Erörterungen der aktuellen Situation statt. Zu den aufgezeigten Kritikpunkten und Verbesserungsvorschlägen wurde uns von der Geschäftsfeldleitung versichert, bestmögliche Verbesserungen vorzunehmen. Wir werden alles daransetzen, damit den Worten auch rasch die entsprechenden Taten folgen.

VZ Allhaming:

Überdachung wird endlich umgesetzt!

Es waren Wetterkapriolen die just am Eröffnungstag (4. August 2014) unseren MitarbeiterInnen den Zugang zu ihren Arbeitsplätzen unpassierbar machten. Seither haben wir beharrlich eine Überdachung des Zuganges gefordert, die jetzt errichtet wird.

Vom Unternehmen wurde bereits die Überdachung des Zuganges in Auftrag gegeben. Wenn es auch für die MitarbeiterInnen und uns viel zu lange gedauert hat, so steht am Ende der positive Aspekt im Vordergrund: Die KollegInnen können damit rechnen, nicht mehr den Witterungseinflüssen schutzlos ausgesetzt zu sein. Wir danken den Verantwortlichen für die Umsetzung unserer Forderung.



Sigi Preßlmayr als Räumdienst in Allhaming



Ein Trio sagt servus - die FSG bedankt sich!

Die vom ÖGB erkämpfte Schwerarbeiterregelung machte es möglich. Unsere langjährigen Spitzenfunktionäre **Willi Kapfer** (Qualitäts-Paketzusteller in Linz), **Günther Raml** und **Stefan Wimberger** aus dem Verteilzentrum Allhaming, konnten sich Ende 2022 nach 42 Arbeitsjahren in den wohlverdienten Ruhestand begeben.

Aus diesem Anlass haben diese Kollegen zu einer kleinen Pensionierungsfeier in die „Fadinger-Kantine“ der Wirtschaftsgenossenschaft eingeladen. Als Gratulanten stellten sich Landesgruppenvorsitzender **Markus Sammer**, **Sigi Preßlmayr** und **Gabi Steinkellner** mit einem kleinen Präsent ein.

Wir bedanken uns für euren beispielhaften Einsatz als Interessenvertreter unserer KollegInnen und die jahrelange ehrenamtliche Tätigkeit als FSG-Funktionäre. Einen besonderen Dank möchte ich für die entstandene Freundschaft aussprechen, die wir selbstverständlich auch im Ruhestand weiterpflegen.

Im Namen der FSG wünschen wir unserem Trio alles erdenklich Gute für einen angenehmen Ruhestand!

Wir erweitern ständig unser FSG-Team – komm zu uns!

Du bist ein Teamplayer, lösungsorientiert, willst etwas bewegen und dich für KollegInnen einsetzen?

Wenn ja, dann bist genau DU willkommen in unserem FSG-Team!

Melde dich bitte bei Preßlmayr Siegfried (Tel.: 0664/6241883).

Gemeinsam sind wir stark - mit DIR noch stärker!

Was es **OHNE Gewerkschaften** nicht gäbe:

- > Sozialstaat
- > Sozialversicherung
- > Wochenende
- > Pausen in der Arbeitszeit
- > Mindestlöhne
- > bezahlte Überstunden
- > Verbot von Kinderarbeit
- > ...

ÖGB

EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE!

DAFÜR ÖGB

Leider nicht politisches Ziel der Bundesregierung.

GPF-Frauen in Oberösterreich unter neuer Leitung

Die GPF-Frauen haben seit Jahresbeginn mit Andrea Huemer eine neue Vorsitzende. Sie folgt in dieser Funktion Sabine Wögerer nach, die sich viele Jahre für die Interessen der Frauen eingesetzt hat. Die Landesleitung und die FSG dankt Sabine für ihre erfolgreiche Tätigkeit sehr herzlich.



Andrea Huemer ist bereits seit 15 Jahren in der ArbeitnehmerInnenvertretung engagiert und seit zwei Jahren Vorsitzende des Betriebsrates bei der Postbus AG, Region Nord. Es ist eine klassische Männerdomäne in die die Postbuslenkerin als Vorsitzende gewählt wurde. Dazu gehört nicht nur eine konsequente Haltung und taktisches Geschick, sondern auch Durchsetzungsvermögen. Eigenschaften, die sie auch in ihrer Funktion als Frauenvertreterin gut gebrauchen kann.

Andrea skizziert kurz Ihre Vorstellungen:

In meiner Tätigkeit als Betriebsrätin beim Postbus werde ich täglich mit den Problemen meiner KollegenInnen im Beruf als BuslenkerIn befasst, bei denen der Unterschied zwischen den Geschlechtern klar zu Tage tritt.

Egal wo man hinsieht, das Anforderungsprofil ist für uns Frauen immer höher und wird unter anderen Gesichtspunkten bewertet, aber auch Probleme werden unterschiedlich gelöst.

Der Equal pay day zeigt uns jährlich, dass wir Frauen bei gleicher Arbeit vielfach immer noch weniger verdienen als unsere Kollegen. Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen ist weit davon entfernt sich zu schließen. Der geschlechtsspezifische Unterschied setzt sich bei den Pensionen fort, wo Frauen über ein deutlich geringeres Pensionseinkommen verfügen.



Die Corona Krise hat einmal mehr gezeigt, unter welchen enormen Belastungen und Herausforderungen Frauen gestanden sind. Der überwiegende Teil der Arbeiten im Haushalt, die Kinderbetreuung und die Pflege der Angehörigen lastet überwiegend auf unseren Schultern. Leider werden diese gesellschaftlich enorm wichtigen Tätigkeiten noch immer im zu geringen Umfang und Ausmaß für die Pension berücksichtigt.

Die täglich beklatschten Frauen im Handel während der Krise sind größtenteils Teilzeitarbeitskräfte, da Konzerne mit dieser Form der Beschäftigung die Öffnungszeiten flexibel gestalten können. Für Alleinerzieherinnen ist es immer noch nicht möglich, Vollzeit zu arbeiten. Vor allem im ländlichen

Bereich stehen kaum Ganztags-Kinder-Betreuungsplätze zur Verfügung. Alleinerzieherinnen sind daher besonders benachteiligt. Von Versprechen haben Frauen nichts, sie fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Ein großer Teil kann mit der Pension den Alltag nicht mehr bestreiten und ist oft von Altersarmut betroffen. Dies zu verhindern, sollte bei unseren PolitikerInnen oberste Priorität sein, denn nur so können Frauen auch im Alter ein selbständiges und unabhängiges Leben führen.

Es stehen große Aufgaben vor uns und die Bewältigung dieser wird die Herausforderung sein.

Eure Andrea Huemer



BEFREIUNG VON RUNDFUNK- UND FERNSEHGEBÜHR



Haushalts-Nettoeinkommen – Befreiungsrichtsätze ab 1.1.2023

1 Person: 1.243,49 Euro

2 Personen: 1.961,75 Euro

Für jede weitere im Haushalt lebende Person: Plus 191,87 Euro

Das Haushalts-Nettoeinkommen ist das Nettoeinkommen **ALLER** in einem Haushalt lebenden Personen. Auf das Haushaltsnettoeinkommen nicht angerechnet werden z.B.:

- Familienbeihilfen, Unfallrenten, Pflegegeld, Opferfürsorgereuten

Übersteigt das Haushalts-Nettoeinkommen die Einkommensgrenzen, können davon folgende Ausgaben abgezogen werden:

- **Hauptmietzins** einschließlich Betriebskosten (Strom, Gas zählen nicht dazu), vermindert um eine etwaige Mietzinsbeihilfe vom Finanzamt.
- **Außergewöhnliche Belastungen** gem. Einkommensteuergesetz im Sinne der §§ 34 und 35
- **Wenn keine Mietkosten nachgewiesen werden** bzw. kein Rechtsverhältnis nach dem MRG, WGG udgl. besteht (z.B. Eigenheim), ist ein **monatliches Pauschale in der Höhe von 140,- Euro** als Wohnaufwand vom Nettoeinkommen abzurechnen.
- **Monatliche Kosten für eine 24h-Betreuung**; vermindert um den Zuschuss des Sozialministerium-Service
- ➔ Zum Haushaltseinkommen wird z.B. gerechnet: **Kinderbetreuungsgeld, Wochengeld**

Bei positiver Erledigung erhalten Sie einen Bescheid für **maximal 5 Jahre**. Vor Ablauf der Befreiung erfolgt von der GIS eine Benachrichtigung, damit rechtzeitig ein neuerlicher Antrag gestellt werden kann.

Das **Fernsprechzuschussentgelt** kann mit demselben Formular beantragt werden. Es gelten dieselben Einkommensrichtsätze. Im Fall einer positiven Erledigung Ihres Antrages erhalten Sie einen **Bescheid** (der gleichzeitig Gutschein ist), den Sie rasch an ihre Telefongesellschaft weiterleiten sollen.

12 Euro Fernsprechzuschussentgelt; 60 Freiminuten bei A1

Für A1 Festnetz, A1 Festnetz Plus, A1 Internet, A1 Kombi, A1 Handytarife, B. free Social, HOT fix sozial; Spusu, HELP mobile, T-Mobile (Magenta), Drei, AICALL beträgt der monatl. Zuschuss zum Fernsprechentgelt 12,- Euro.

A1 schenkt jedem Zuschussberechtigten für A1 Festnetz und A1 Kombi zusätzlich 60 Freiminuten innerhalb Österreichs in alle Netze.

Werden die Voraussetzungen einer Rundfunkgebühren-Befreiung erfüllt, ist zusätzlich (mit demselben Antragsformular) eine **Kostenbefreiung von der Entrichtung der Erneuerbaren-Förderpauschale, des Erneuerbaren-Förderbeitrages sowie des Grüngas-Förderbeitrages (EAG-Kostenbefreiung)** über die GIS möglich.

Antragsformulare bei GIS Gebühren Info Service GmbH, Postfach 1000, 1051 Wien; www.gis.at;
Service Hotline: 0810 00 10 80, Gemeindeämtern und bei unserem GPF-Sekretariat in Linz, Dürerstr.15, Tel: 0664/88647904.

Arbeiterkammer schlägt Alarm: Milliardenverlust privater Pensionskassen!

Fehler in der Veranlagungspolitik sind für einen unwiederbringlichen Verlust von drei Milliarden Euro an Pensionskapital im Jahr 2022 verantwortlich, teilt die AK-Kärnten in einer APA-Aussendung (OTS0017, 24.1.2023) mit.

Diese verfehlte Veranlagungspolitik, für die das Pensionskassengesetz keine Haftung vorsieht, kostet 137.158 ArbeitnehmerInnen nicht nur Milliarden, sie müssen auch Pensionskürzungen von bis zu 15 Prozent hinnehmen.

Der Schutzverband der Pensionskassenberechtigten (PEKABE) berichtet, dass die BezieherInnen privater Pensionen in persönlichen Schreiben über die zu erwartenden Pensionskürzungen bereits informiert wurden. Allerdings geht PEKABE von Kürzungen bis 17 Prozent aus, sodass bei Anrechnung einer Inflationsrate von 11 Prozent ein **Kaufkraftverlust von bis zu 28 Prozent** entsteht.

Die AK fordert von der Politik ein rasches Eingreifen um Pensionskürzungen zu vermeiden. Zuständig dafür ist ÖVP-Finanzminister Brunner, der bereits im April 2022 gegenüber dem Seniorenrat eine Lösung zur Abfederung der Verluste zugesagt hat, die aber bis dato noch aussteht.

ÖVP für Privatvorsorge

In einem Kurier-Interview (Februar 2019) hat der damalige ÖVP-Finanzminister Löger das österreichische Pensionssystem in Frage gestellt: „Die ÖsterreicherInnen sollen auf private Vorsorge setzen. Der Staat würde den ArbeitnehmerInnen nach 40 Jahren Arbeit nicht auf Dauer ausreichende Pensionen zahlen können“. Löger muss es wissen: Er war nicht nur Vorstandsvorsitzender der Uniqa Österreich, sondern hat damals laut News 12.500 Aktien am Uniqa-Unternehmen besessen. Selbst wenn Löger nicht mehr der Bundesregierung angehört, an dieser Position der ÖVP hat sich nichts Grundlegendes geändert.

Dringenden Handlungsbedarf sieht auch plötzlich der ÖVP-SeniorInnenbund, der in einer Aussendung beteuert ohnehin das Gespräch mit dem Finanzminister zu suchen. Das sucht er schon seit April 2022 - allerdings bislang ohne Ergebnis.

Das Veranlagungsrisiko tragen ausschließlich die Versicherten!

Bereits im September 2020 kritisierte die AK-Oberösterreich, dass das Veranlagungsrisiko am Kapitalmarkt ausschließlich die Versicherten tragen. Es gibt keine gesetzliche Mindestertragsgarantie. Die Veranlagungsverluste begleichen die Pensionskassenbetreiber nicht aus dem eigenen Vermögen, sondern aus dem Geld der BeitragszahlerInnen.

Es ist nicht fair, dass die BeitragszahlerInnen alleine die Verluste tragen und Eigentümer der Pensionskassen risikolose Gewinne und Dividenden einstreichen. Wer in Pensionskassen einzahlt sollte bedenken, dass diese Gelder meist spekulativ an den Finanzmärkten veranlagt werden und damit einem hohen Verlustrisiko ausgesetzt sind.

Franz Poimer

Die privaten Pensionskassen haben im Jahr 2022 3 Milliarden Euro Verlust gemacht. Jetzt müssen auch die letzten Kritiker einsehen:

Das beste, um sich für das Alter gut abzusichern, ist und bleibt ein starkes öffentliches Pensionssystem!

OGB



PFLEGE GELD - Erhöhung mit 1.1.2023

Das Pflegegeld (PFG) wird seit 2020 jährlich mit 1. Jänner in allen Stufen nach dem Pensionsanpassungsfaktor erhöht. Dieser beträgt für das Jahr 2023 5,8 Prozent.

Diese jährliche Erhöhung war eine vehemente Forderung von AK und ÖGB, weil seit Einführung des PFG 1993 ein Wertverlust von 37 Prozent entstanden ist.

⇒ **Ab 1. Jänner 2023 wird der Erschwerniszuschlag bei demenziellen Erkrankungen um 20 Stunden auf nunmehr 45 Stunden erhöht:**

Pflegegeld – Erhöhung 1.1.2023

Erhöhung mit Faktor 1,015; vorbehaltlich Anpassungsverordnung

Pflegebedarf in Stunden pro Monat	Pflegestufe	2022	2023 (1,058)
Mehr als 65 Stunden	1	165,40	175,00
Mehr als 95 Stunden	2	305,00	322,70
Mehr als 120 Stunden	3	475,20	502,80
Mehr als 160 Stunden	4	712,70	754,00
Mehr als 180 Stunden und außergewöhnlicher Pflegeaufwand	5	968,10	1.024,30
Mehr als 180 Stunden und weitere besondere Umstände	6	1.351,80	1.430,20
Mehr als 180 Stunden; keine zielgerichteten Bewegungen möglich	7	1776,50	1.879,50

- Die BVAEB führt intern eine Prüfung aller PflegegeldbezieherInnen durch, um feststellen zu können, ob sich durch diese zusätzlichen 20 Stunden an der derzeit zuerkannten Pflegegeldstufe etwas ändert.

- Die Umstellung auf eine höhere Pflegegeldstufe wird durch das Pensionservice der BVAEB ab dem 1.1.2023 von Amts wegen vorgenommen. Es ist daher kein neuerlicher Antrag der Anspruchsberechtigten erforderlich.

AK-OÖ kritisiert Erhöhung der Selbstbehalte

Der Mobilen Pflege und Betreuung kommt große Bedeutung zu, wofür allerdings Selbstbehalte zu leisten sind. Diese sind mit 1. Jänner um 5,8 Prozent erhöht worden – das ist exakt jener Prozentsatz, um den das PFG und die Pensionen angehoben wurden.

Die AK kritisiert die Erhöhung der Selbstbehalte scharf, weil es für diese Menschen in Anbetracht der höchsten Teuerung seit 70 Jahren nicht nur eine weitere Belastung darstellt und sie dadurch in finanzielle Bedrängnis kommen, sondern auch die Erhöhung des PFG schmälert.

AK bietet kostenlose Beratung und Hilfe vor Gericht auch für PensionistInnen!

Die AK Oberösterreich bietet auch **PensionistInnen** (selbst wenn sie keine AK-Umlage mehr entrichten) eine umfassende Beratung zum Anspruch auf PFG. Falls berechtigte Zweifel an der Richtigkeit des Bescheides des Pensionsversicherungsträgers bestehen, wird kostenloser Rechtsschutz zur gerichtlichen Durchsetzung des Anspruches zur Verfügung gestellt - unabhängig davon, ob Sie selbst anspruchsberechtigt sind oder ob Sie für Angehörige PFG beantragen.

Die GPF-LandespensionistInnenvertretung unterstützt dabei unsere Mitglieder.

<https://ooe.arbeiterkammer.at/beratung/arbeitsrecht/krankheitundpflege/pflege/Pflegegeld.html>

Franz Poimer

Abschaffung des Pensionssicherungsbeitrages: ÖVP, Grüne und NEOS haben nicht zugestimmt!

In der letzten Ausgabe unserer FSG-INFO (Folge 3/2022) haben wir über den vom Linzer SPÖ-Nationalratsabgeordneten Dietmar Keck eingebrachten Entschließungsantrag (EA) zur Abschaffung des PSB, der dem Verfassungsausschuss (VA) zur Behandlung zugewiesen wurde, berichtet.

Zur Erinnerung: Eingebracht von SP-Abgeordneten Keck wurde der EA bereits am **23. Februar 2022** im Parlament, behandelt konnte dieser allerdings erst am 6. Dezember 2022 im VA werden, weil dazu die Anwesenheit des zuständigen Bundesministers Werner Kogler erforderlich war. Der Minister hat sich also zeitlich nicht geradezu „überschlagen“, was unser Anliegen betrifft.



Bild: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS
NR Dietmar Keck

Den Regierungsparteien fehlt der politische Wille

Enttäuschend – wenn auch die Erwartungshaltung nicht groß war - verlief dann auch die Behandlung im VA. ÖVP und Grüne haben dem Antrag zur Abschaffung des PSB bis zur ASVG-Höchst pension nicht zugestimmt, sondern die Beratungen darüber vertagt. Die Regierungsparteien haben damit eine demokratiepolitisch billige Variante gewählt, mit der sie einer unangenehmen Debatte im Plenum des Nationalrates ausgewichen sind, denn eine sachliche Begründung für das weitere Abkassieren beim PSB existiert nicht.

Wir haben die Zusage von NR Dietmar Keck, dass er unser Anliegen immer wieder auf das politische Tapet bringen wird, weil auch die Sozialdemokratie überzeugt ist, dass die Abschaffung des PSB längst überfällig ist.

Es ist also nicht „wurscht“ wer da oben sitzt, wie manche behaupten. Das sieht man an diesem Beispiel deutlich.

Ein politischer Willkürakt:

Aliquotierung der ersten Pensionsanpassung

Aliquotierung bedeutet aktuell, dass man im ersten Jahr nach dem Pensionsantritt nur die volle Pensionserhöhung bekommt, wenn die Ruhestandsversetzung im Jänner erfolgt. Die Pensionserhöhung verringert sich dann Monat für Monat. Wer im November oder Dezember pensioniert wird bekommt überhaupt keine Erhöhung und schaut durch die Finger.

Diese ungerechte Regelung führt paradoxerweise dazu, dass jene benachteiligt werden, die später in Pension gehen. Umgekehrt sollen die Menschen aber länger arbeiten. Die finanziellen Verluste durch die Aliquotierung holt man sein ganzes Pensionsleben nicht mehr auf, weil alle künftigen Erhöhungen auf dem Vorjahr aufbauen. Aufgrund der aktuellen Teuerung, die so hoch ist wie seit 70 Jahren nicht mehr (über 11%), wirken sich die Verluste noch stärker aus.

Initiativantrag der SPÖ OÖ im Landtag erfolgreich

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben in der Landtags-sitzung vom 9. März einen Initiativantrag eingebracht, wonach die OÖ. Landesregierung aufgefordert wird, sich bei der Bundes-regierung dafür einzusetzen, dass die Aliquotierung der 1. Pen-sionsanpassung rückwirkend ab 1.1.2022 abgeschafft wird.

LANDTAGSSITZUNG in Oberösterreich						
So haben die Parteien abgestimmt:	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	MFG	NEOS
Unfaire Wertanpassung bei Pensionen reparieren	✓	✓	✓	✓	✓	✗

AK, Gewerkschaften und Bundes-SPÖ verlangen ebenfalls von der Bundesregierung diese un-gerechte lebenslange Pensionskürzung zu stoppen. Die SPÖ verweist auf ein Gutachten des ehemaligen Verfassungsrichters, Arbeits- und Sozialrechtsexperten Rudolf Müller, der festgestellt hat, dass die Aliquotierung grob unsachlich und verfassungswidrig ist. Sie will Beschwerde beim Verfassungsge-richtshof einlegen.

Franz Poimer

Postbus aktuell



1.800,- Euro Prämie - Wahlversprechen eingelöst!



- **Corona-Belohnung:** Für die besonderen Leistungen während der Pandemie fordern wir eine ordentliche Belohnung – schließlich zählen wir zum Kreis der System Erhalter.



Es war durchaus eine berechtigte Forderung (Auszug aus unserem Wahlprogramm oben), die wir vor den Betriebsratswahlen aufgestellt haben: Die herausragenden Leistungen unserer MitarbeiterInnen während der Pandemie sollen finanziell anerkannt werden.

In konstruktiven Verhandlungsrunden mit der Vorstandsetage konnten wir diese Anerkennung in Form einer Teuerungsprämie im Gesamtausmaß von 1.800,- Euro pro Bediensteten erreichen. Die Auszahlung erfolgt in drei Etappen, wobei die erste Tranche bereits im Dezember mit 500,- Euro und die Zweite im Februar mit 950,- Euro angewiesen wurde. Der letzte Teilbetrag ist im August dieses Jahres fällig.

Aufgrund der im EU-Durchschnitt höchsten Teuerungsrate (11 Prozent im Februar) freuen wir uns über diesen Erfolg besonders und hoffen damit unseren Kollegen:innen den finanziellen Alltag zu erleichtern. Von der Dienstgeberseite stellt diese Prämie eine besondere Anerkennung der Leistungen der Bediensteten dar.

Personalstand

Wir haben wiederholt den mancherorts viel zu geringen Personalstand scharf kritisiert. Nun ist eine Aufwärtsentwicklung des Personalstandes festzustellen. Dies war auch für akzeptable Einsatzbedingungen und ein positives Betriebsklima dringend notwendig.

Ausgleichsfaktor - fehlerhafte Berechnung

Nach intensiven Überprüfungen haben wir verschiedentlich eine unrichtige Ermittlung des Ausgleichsfaktors festgestellt, weil der sogenannte NAZ-Tag (Zeitausgleichstag) mit eingerechnet wurde und damit ein zu hoher Faktor zur Anwendung kam. Das hat für die betroffenen Bediensteten zu einer nachteiligen Urlaubsabbuchung geführt. Wir haben eine Richtigstellung der Berechnung und eine Rückbuchung der zu viel abgezogenen Urlaubsstunden verlangt.

Alles Gute und haltet die Stoßstange sauber.

Eure Andrea Huemer

Teuerung: Land OÖ muss die Menschen viel mehr unterstützen

Große Teile der Bevölkerung können die explodierenden Preise nicht mehr stemmen. Für AK-Präsident Andreas Stangl ist klar: Die Landesregierung handelt zu zögerlich und macht viel zu wenig!

Nichts beschäftigt die Menschen in unserem Bundesland momentan so sehr wie die Teuerung. Vier von zehn Beschäftigten kommen mit ihrem Einkommen kaum oder gar nicht mehr über die Runden. Sie erwarten sich, dass die Politik mehr gegen die stark steigenden Preise unternimmt und werden bitter enttäuscht. Das zeigt eine aktuelle IFES-Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich. „Es wird damit bestätigt, was wir schon lange sagen: Es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung weitere und vor allem nachhaltige Maßnahmen setzt, um die massiven Auswirkungen der Teuerungen abzufedern“, sagt AK-Präsident Andreas Stangl. Der Großteil der Befragten ist der Meinung, dass die Politik mehr gegen die gewaltigen Preis-

steigerungen unternehmen muss. 86 Prozent erwarten sich Maßnahmen gegen den viel zu hohen Strompreis, 84 Prozent gegen die Preise auf Lebensmittel und ebenfalls 84 Prozent gegen die explodierenden Wohnungsmieten. „Die Landesregierung war bislang viel zu zögerlich“, so Präsident Stangl.

So sollten etwa die Mehreinnahmen von mehr als 400 Millionen Euro im Landesbudget genutzt werden, um die Bevölkerung zu entlasten. Die enormen Gewinne des landeseigenen Energieunternehmens könnten locker für Preissenkungen verwendet werden. Dazu sollte der Heizkostenzuschuss auf 700 Euro erhöht und ein Wärmepreisdeckel wie im Burgenland eingeführt

werden. „Oberösterreich muss auch in die soziale Infrastruktur investieren, damit Vollzeitarbeit möglich ist. Die Angebote zur Kinderbetreuung und zur Pflege älterer Menschen müssen massiv ausgebaut und kostengünstig gestaltet werden“, sagt AK-Präsident Stangl. 

„Immer mehr Menschen kommen mit ihrem Einkommen nicht aus. Dagegen muss etwas unternommen werden.“



Andreas Stangl
AK-Präsident



Gerald Kammerhuber

Der AK-Rat berichtet AK-Schulbonus beantragen

Einmalig **100 Euro** für Kinder in Vor-, Volks- und Sonderschulen im Schuljahr 2022/2023

Hefte, Stifte, Schultasche und das Geld für den Ausflug: Während eines Schuljahres müssen Eltern tief in die Tasche greifen. Deshalb gibt es jetzt den Schulbonus der Arbeiterkammer Oberösterreich. Eltern erhalten **100 Euro** für jedes Kind, das im Schuljahr 2022/2023 eine Vor-, Volks- oder Sonderschule (bis zur 4. Schulstufe) besucht.

- Der Antrag ist während des gesamten Schuljahres 2022/2023 möglich.
- Mindestens ein Elternteil muss Mitglied der Arbeiterkammer Oberösterreich sein.
- Wer für mehrere Kinder einen Schulbonus erhalten möchte, muss für jedes Kind einen eigenen Antrag stellen.
- Weitere Voraussetzung ist der Bezug der österreichischen Familienbeihilfe.



AK-Bildungs-bonus: 150 Euro für Aus- und Weiterbildung

Die Arbeiterkammer fördert die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitglieder mit dem AK-Bildungsbonus in Höhe von 150 Euro.

Voraussetzungen für den Bildungsbonus



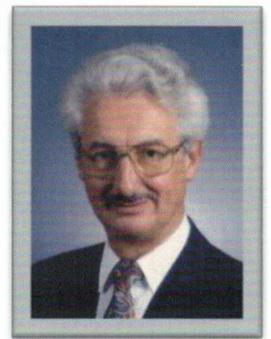
- Besuch eines Kurses aus dem AK-Bildungsprogramm. (Diese Kurse sind in den Programmheften von **BFI**, **WIFI** und **Volks-hochschulen** in OÖ mit dem AK-Logo gekennzeichnet.)
- Kurskosten werden privat bezahlt
- Mitgliedschaft bei der Arbeiterkammer Oberösterreich
- Erfolgreicher Abschluss des besuchten Kurses. Das bedeutet, Sie müssen mindestens 3 Viertel des Kurses anwesend sein.

WIR TRAUERN UM

MAG. SIEGFRIED LACKINGER

Präsident a.D. der Postdirektion für Oberösterreich

Ein Präsident für alle Postlerinnen und Postler



Knapp vor Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht, dass unser ehemaliger Präsident der Postdirektion für Oberösterreich am 19. März im 90. Lebensjahr verstorben ist.

Siegfried Lackinger wurde am 15.12.1933 als Sohn eines Eisenbahners in Linz geboren und begann am 2. November 1953 seine postalische Laufbahn beim Postamt Gallneukirchen. Schon bald hat man ihm wichtige Funktionen übertragen, bis er schließlich mit Wirksamkeit 1. Juli 1988 mit der Leitung der Postdirektion für Oberösterreich betraut wurde, die er bis zu seiner Pensionierung am 1. Juli 1997 inne hatte.

In seiner Amtsführung verstand er sich auch als Präsident für die sogenannten „kleinen Postlerinnen und Postler“, deren Sorgen und Anliegen er sich ernsthaft annahm. Ein pensionierter Postmeister hat mir seine Betroffenheit über sein Ableben in vielsagen-der Weise schriftlich mitgeteilt: „...er war Präsident zu einer Zeit als Vorgesetzte noch Mensch sein durften.“ Sein ausgeprägtes soziales Bewusstsein, verbunden mit vielfältigem gesellschaftlichem Engagement, mag wohl auch in den politischen Ereignissen jener Zeit begründet sein in die er hineingeboren wurde. Dieses Engagement wurde mit mehreren hohen Auszeichnungen gewürdigt.

Mit fester Überzeugung hat Mag. Siegfried Lackinger 69 Jahre der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten angehört. Wir haben mit ihm nicht nur ein grundsatztreues Mitglied, sondern auch einen verständnisvollen Präsidenten für unsere Anliegen verloren.

Franz Poimer



Bernhard Froschauer
0664 66 22 200
bernhard.froschauer@a1.at



A¹ Personal Vertretung

A1 Towers

Abspaltung beschlossene Sache!

Die Absicht war seit ca. 2 Jahren bekannt nun wird es ernst. Startet hier der Ausverkauf der A1?

Nun ist es also beschlossene Sache! Die Funkmaste werden abgespalten und in einer eigenen Gesellschaft an die Börse gebracht!



Seit die ersten Tendenzen dahingehend sichtbar wurden, haben wir als Personalvertretung mit großer Skepsis und Sorge die Entwicklung beobachtet und uns darauf vorbereitet, wohl wissend, dass unsere berechtigten Einwände auf wenig Gehör stoßen würden. (Siehe letzte Ausgabe)

Diese Eigentümerentscheidungen abzuwenden, liegt gesetzmäßig außerhalb der Möglichkeiten von Gewerkschaft und Personalvertretung. Jedoch können und haben wir auf die Rahmenbedingungen, wie unsere Kolleginnen

und Kollegen davon betroffen sind, maßgeblich Einfluss genommen.

Die Zeit wurde genutzt eine Betriebsvereinbarung mit dem Unternehmen zu verhandeln, um **größtmögliche** Transparenz und Sicherheit für alle Betroffenen zu erreichen!

Da der Umfang der BV hier den Rahmen sprengen würde seien hier nur ein paar Eckpunkte stichwortmäßig erwähnt.

- » - Bestandsschutz
- » - Einzelvereinbarungen bleiben erhalten
- » - Pensionskasse abgesichert
- » - Rückkehroption (bis zu 15 Jahre)
- » - Konzernweite Bewerbung auf Arbeitsplätze weiter möglich

Am Tag nach dem Bekanntwerden der Ausgliederung wurden alle Betroffenen umfassend informiert und alle Fragen soweit möglich beantwortet.

Da einige Beschlüsse in den Gremien der Eigentümer formal zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgt sind, konnten noch nicht alle Fragen abschließend beantwortet werden!

Zwischen ÖBAG und América Móvil wurde der Syndikatsvertrag um weitere zehn Jahre verlängert. In der neu gegründeten A1 Towers wurde im Zuge der Abspaltung ein neuer Syndikatsvertrag abgeschlossen. Laufzeit ebenso zehn Jahre!

Der Verlängerung bzw. Abschluss des Syndikatsvertrags lässt sich durchaus Positives abgewinnen.

Zumindest kann man davon ausgehen, dass die Eigentümerstruktur in nächster Zeit stabil bleibt!

Sorgenvoll blicken wir in die Zukunft und müssen uns fragen -

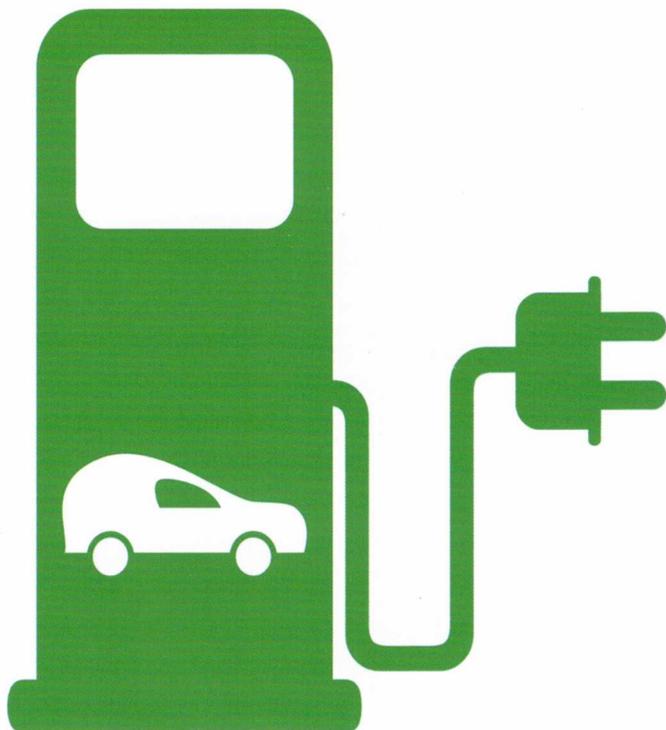
„Was wird als nächstes abgespalten?“



Bernhard Kaimbacher
0664 66 27 865
bernhard.kaimbacher@a1.at

Umweltschutz in der A1 Telekom

Der Begriff ESG (Environmental Social Governance - zu Deutsch: Umwelt, Soziales und Unternehmensführung) wird in der A1 Telekom sehr in den Vordergrund gerückt. Derzeit sind ESG-Faktoren kein notwendiger Bestandteil der Finanzberichte für börsennotierte Unternehmen. Es entscheiden sich aber immer mehr Unternehmen dafür sie einzubeziehen. Weiters werden mit dem Begriff ESG Unternehmen in der Finanzwelt mit der Rolle eines sozial verantwortlichen Investors in Verbindung gebracht.



Gerade was die Nachhaltigkeit beim Umweltschutz in der Mobilität angeht, sind schnelle Entscheidungen getroffen worden. Stellt sich hier nun die Frage, ob diese Vorgaben auch realistisch und umsetzbar sind? Bei den Kraftfahrzeugen mit privater Nutzung

werden nur mehr Elektroautos bestellt. Bei dieser Entscheidung, welche grundsätzlich richtig ist, wurden jedoch die dazu notwendigen Rahmenbedingungen nicht ausreichend in Betracht gezogen.

Es fehlt derzeit noch eine Regelung wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihr Elektroauto laden sollen, wenn im privaten Bereich keine Möglichkeit einer Ladestation besteht (z.B. Wohnbauten). Im Verhältnis der bereits in Verwendung befindlichen Elektroautos sind an den Dienststellen zu wenig Ladestationen vorhanden. Es gibt auch zahlreiche Dienststellen wo es überhaupt keine Lademöglichkeit gibt. Zusammengefasst kann man sagen, die Zielsetzung betreffend der Anschaffung neuer Elektroautos wurde etwas übereilt und nicht durchgedacht getroffen.

Es gäbe noch sehr viele andere Themenbereiche in der A1 wo Verbesserungen, was die Umweltziele angeht, angestrebt werden könnten. Im Zuge der laufenden Immobilienstrategie sollten bei den verbleibenden Gebäuden unter anderem thermische Isolierungen vorgenommen werden. Die Vielzahl der Objekte in der A1 stammen aus den 60-iger bzw. 70-iger Jahren und wurden noch nie thermisch saniert. Weiters sollte der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen vorangetrieben werden.

Sollte dem Management ESG, mit all seinen Facetten, ein echtes Anliegen sein, so gäbe es abseits der übereilten Beschaffung von Elektro-Kfz eine Vielzahl von anderen Möglichkeiten im Sinne von ESG tätig zu werden.



Johannes Aigner
0664 66 31 532
johannes.aigner@a1.at



A¹ Personal Vertretung

Einladung zur Infoveranstaltung

Liebe Kollegin, lieber Kollege, der A1 Telekom Austria
wir **laden dich herzlich** zur

Info-Veranstaltung

für MitarbeiterInnen der A1 Telekom im Vorruhestand,

am **Donnerstag, 20. April 2023** Beginn: 13:30 Uhr,

ins **Volkshaus Dornach-Auhof, 4040 Linz, Niedermayrweg 7** ein.

Themen:

» **Neues aus der A1 Telekom**

Information von Personalausschuss-Vorsitzenden Bernhard Froschauer

» **Vortrag von Franz Poimer**

ÖGB Vorteile für Gewerkschaftsmitglieder

Anmeldung bitte bis **17. April 2023** – DANKE

personalausschuss.oberoesterreich@a1.at

Als Service deiner Personalvertretung kannst du bei der Gelegenheit auch vor Ort **Einkaufsgutscheine von A1 Telekom Sozial** beziehen.

Kontaktiere bitte zeitgerecht zwecks Vorbereitung und Verfügbarkeit der Gutscheine

Koll. Elisabeth Gassner unter 050 664 26287 oder schreibe ein Mail an

personalausschuss.oberoesterreich@a1.at

Die Gutscheine können nur bargeldlos (Mobile BankomatKasse) bezahlt werden.

Wir würden uns sehr freuen, wenn du kommen kannst!

Danke und liebe Grüße!

Deine Personalvertretung

Bestellhotline
0800 / 222 810 22



**WIR BRENNEN FÜR
ÖSTERREICHISCHE QUALITÄT.**

Mit VITATHERM dank hochwertiger Zusatzstoffe mit der besten Qualität heizen.

Klimaneutral
KREUZMAYR
Der Umwelt zuliebe

Unsere Produktpalette macht Sie sicher:

Heizöl · Diesel · Biodiesel · Pellets · Festbrennstoffe · AdBlue · Gerätebenzin

vitatherm